

Sozialismus.de

Heft 5-2022 | EUR 8,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

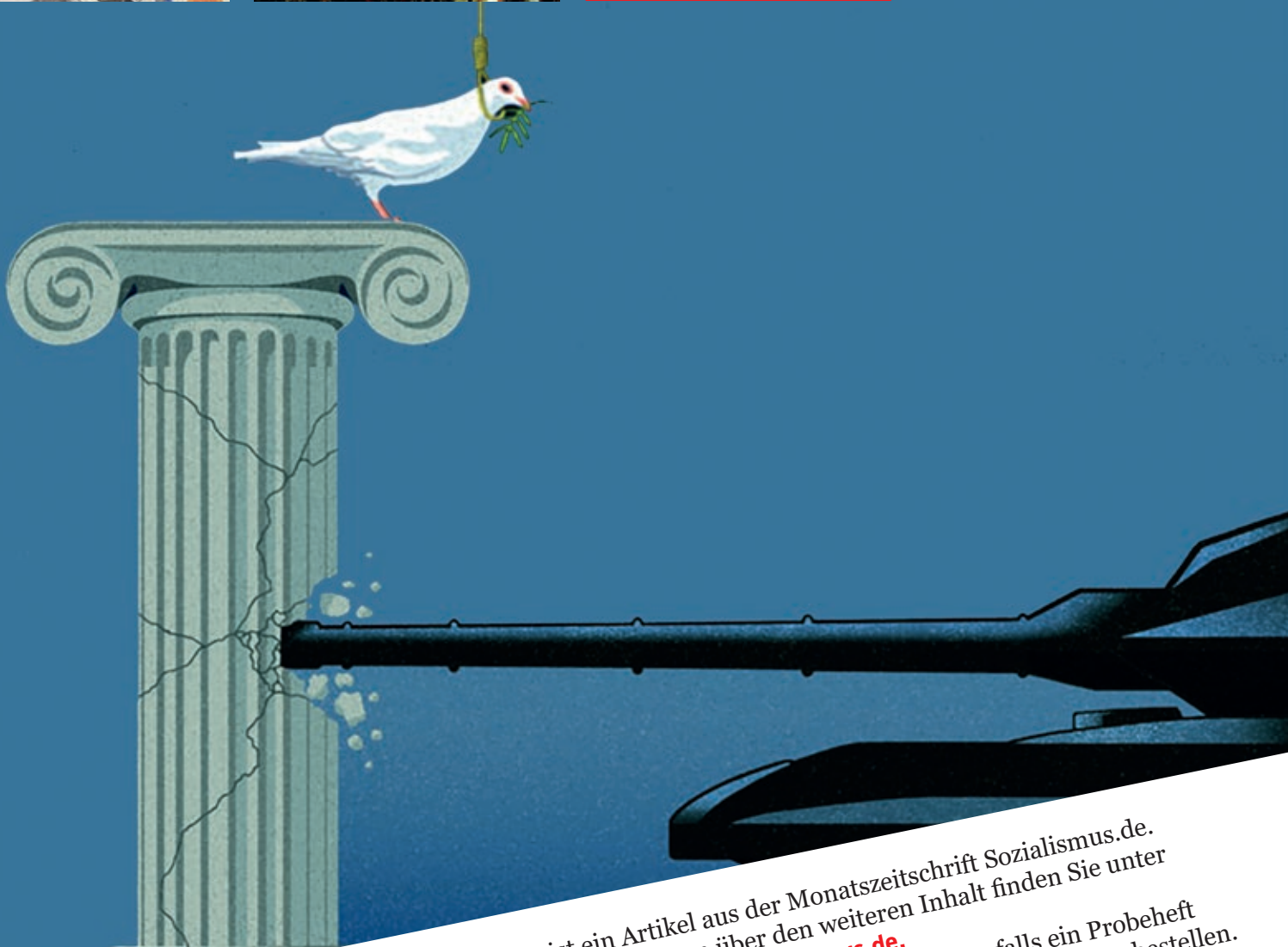


Stephan Krull, Bernd Kruppa,
Kerstin Klein, Peter Stahn:
Betriebsratswahlen 2022 in
der Automobilindustrie

Beiträge u.a. von

Adam Tooze, John P. Neelsen,
Lutz Brangsch, Fritz Fiehler,
Joachim Bischoff, Björn Radke,
Friedrich Steinfeld, Siegfried
Prokop, Klaus Schneider

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Friedensbewegung aus der Zeit gefallen?

Mit rund 80 Kundgebungen in ganz Deutschland verdeutlichen die diesjährigen Ostermärsche, die noch bis einschließlich Montag in der gesamten Republik stattfinden, die Ziele der Friedensbewegung: »Frieden schaffen ohne Waffen«. Im Fokus der Proteste steht der Krieg in der Ukraine.

Kaufkraftverluste als Treiber von sozialer Ungleichheit

Auch in Deutschland sind die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs deutlich zu spüren. Insbesondere den drastischen Preisanstieg für Energie, aber auch für Lebensmittel bekommen vor allem ärmere Haushalte und Familien zu spüren.

»Friede, Stabilität, Vucic«

Am 3. April gab es in Serbien gleich drei Wahlentscheidungen: die Präsidentschaftswahl, eine Neuwahl des Parlaments und schließlich wurde auch in der Hauptstadt Belgrad gewählt. Der amtierende autokratische Präsident Aleksandar Vučić hatte die Wahlen vorziehen lassen, um seine Vorherrschaft abzusichern.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 5 | Mai 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 472

Bedrohungspotenziale

Redaktion Sozialismus.de:

Kann Macron die tiefe soziale Spaltung Frankreichs überwinden? 2

Björn Radke: Ist das 1,5-Grad-Ziel noch realistisch? 9

Kriegsursachen und -folgen

Friedrich Steinfeld: Der Russland-Ukraine-NATO-Krieg

vor einer weiteren Zuspitzung 13

Lutz Brangsch: Hintergründe des Russland-Ukraine-Krieges

Eine wirtschaftsgeschichtlich orientierte Skizze 18

Fritz Fiehler: Der Kreml – ein Rentierstaat

Wie hält Putin knapp 145 Millionen Menschen bei der Stange? 24

Adam Tooze: Krieg und Frieden. Neue Weltordnung oder Ära zäher

Kompromisse am Ausgang des »Endes der Geschichte« 28

Transformationen

Joachim Bischoff: Tektonische Transformationen im Kapitalismus

Umbau von gesellschaftlicher Wertschöpfung und Lebensweisen 34

John P. Neelsen: Die »wertebasierte internationale Ordnung«

Ein neo-imperialistisches Hegemonialprojekt 43

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Ein Vertrauensbeweis in schwieriger Zeit

Betriebsratswahlen 2022: Erste Ergebnisse in der Automobilindustrie 49

Stephan Krull: Solidarität und Sicherheit

Kein Aufstand bei der Betriebsratswahl im VW-Konzern 51

Bernd Kruppa: Ein Etappensieg im Osten. Betriebsratswahlen bei BMW

und Porsche in Leipzig: Rechte verlieren deutlich an Zustimmung 54

Kerstin Klein: Erfolg in schwieriger Zeit. Betriebsratswahlen bei Ford 57

Peter Stahn: Restrukturierung in der Krise

Betriebsratswahlen bei Opel: IG Metall-Liste hat deutlich gewonnen 59

Buchbesprechung | An: Sozialismus.de

Siegfried Prokop: Das Erbe der bürgerlichen Aufklärung und der Geist

des Kommunistischen Manifests? (zu Mario Keßler, Für unsere Freiheit) 62

Günter Stolz/Brigitte Stolz-Willig: Zum Beitrag der Redaktion »Hilft die Jagd

auf kalte Krieger?« auf Sozialismus.deAktuell vom 5. April 2022 64

Dusan Tésic: »Sozialismusdebatte chinesischer Prägung«

als Webinar der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 30. März 2022 65

Impressum | Termine | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Red Rocket (Filmkritik) 69

Supplement

Marcello Musto/Erhard Korn: **Der Krieg und die sozialistische Linke**

Ist das 1,5-Grad-Ziel noch realistisch?

von ■ Björn Radke

In der Flut der brutalen Bilder vom Krieg in der Ukraine ist der Klimawandel trotz Starkregenereignisse in Asien und Afrika eher auf die hinteren Plätze in der medialen Öffentlichkeit gerückt. Gleichwohl ist der jüngste Bericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC), der zweite Sachstandsbericht zur Anpassung an den Klimawandel, beunruhigend. Die zentrale These lautet:

»Die globale Oberflächentemperatur wird bei allen betrachteten Emissionsszenarien bis mindestens Mitte des Jahrhunderts weiter ansteigen. Eine globale Erwärmung von 1,5 °C und 2 °C wird im Laufe des 21. Jahrhunderts überschritten werden, es sei denn, es erfolgen in den kommenden Jahrzehnten

drastische Reduktionen der CO₂- und anderer Treibhausgasemissionen.

Viele Veränderungen im Klimasystem werden unmittelbar im Zusammenhang mit der zunehmenden globalen Erwärmung größer. Dazu gehören die Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Hitzeextremen, marinen Hitzewellen und Starkniederschlägen sowie in einigen Regionen von landwirtschaftlichen und ökologischen Dürren, eine Zunahme des Anteils heftiger tropischer Wirbelstürme sowie Rückgänge des arktischen Meereises, von Schneebedeckung und Permafrost.«¹

Die globale Oberflächentemperatur wird im Durchschnitt der Jahre 2081-2100 sehr wahrscheinlich beim betrachteten Szenario mit sehr niedrigen

Treibhausgasemissionen (SSP1-1.9) um 1,0°C bis 1,8°C, beim mittleren Szenario (SSP2-4.5) um 2,1°C bis 3,5°C und beim Szenario mit sehr hohen Treibhausgasemissionen (SSP5-8.5) um 3,3°C bis 5,7°C höher liegen als 1850–1900. Das letzte Mal, dass die globale Oberflächentemperatur dauerhaft um 2,5°C oder mehr höher lag als 1850–1900, war vor über drei Mio. Jahren.

Basierend auf der Bewertung von Belegen aus mehreren unterschiedlichen Untersuchungsansätzen, würde bei den in diesem Bericht betrachteten Szenarien

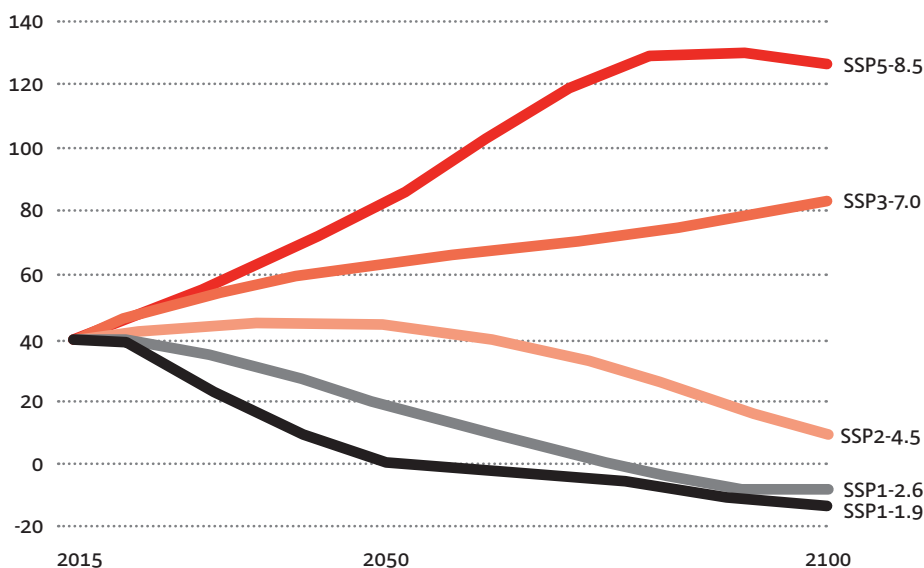
Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus.de.

¹ www.de-ipcc.de/media/content/AR6-WGI-SPM_deutsch_barrierefrei.pdf.

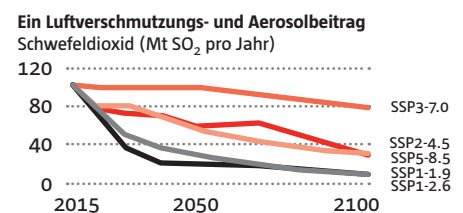
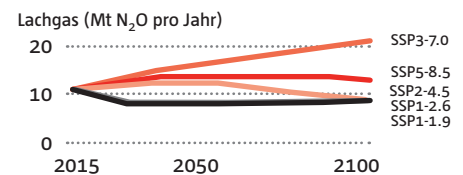
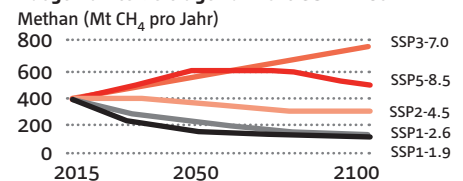
Abb. 1: Zukünftige Emissionen verursachen zukünftige zusätzliche Erwärmung, wobei die Gesamterwärmung von vergangenen und zukünftigen CO₂-Emissionen dominiert wird

Zukünftige jährliche CO₂-Emissionen (links) und Emissionen wichtiger Nicht-CO₂-Antriebsfaktoren (rechts) über fünf illustrative Szenarien

Kohlendioxid (Gt CO₂ pro Jahr)



Ausgewählte Beiträge zu Nicht-CO₂-THGs



Quelle: IPCC, 2021: Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung. In: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag von Arbeitsgruppe I zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, S. 13.

rien (siehe Tab. 1) mit hohen und sehr hohen Treibhausgasemissionen (SSP3-7.0 beziehungsweise SSP5-8.5) im 21. Jahrhundert eine globale Erwärmung von 2°C gegenüber 1850–1900 überschritten werden. Eine globale Erwärmung von 2°C würde im mittleren Szenario (SSP2-4.5) äußerst wahrscheinlich überschritten werden. Bei den Szenarien mit sehr niedrigen und niedrigen Treibhausgasemissionen ist es äußerst unwahrscheinlich (SSP1-1.9) bzw. unwahrscheinlich (SSP1-2.6), dass eine globale Erwärmung von 2°C überschritten wird. Ein mittelfristiges (2041–2060) Überschreiten von 2°C globaler Erwärmung ist beim Szenario mit sehr hohen Treibhausgasemissionen (SSP5-8.5) sehr wahrscheinlich, beim Szenario mit hohen Treibhausgasemissionen (SSP3-7.0) wahrscheinlich, und beim mittleren Treibhausgasemissionsszenario (SSP2-4.5) eher wahrscheinlich (siehe Abb. 1 auf S. 9).²

Auf der Uno-Klima-Konferenz COP26 im November letzten Jahres wurden die Staaten aufgefordert, ihre nationalen Klimaschutzziele (NDC) schneller auf den Prüfstand zu stellen als bislang geplant – statt bis 2025 bereits bis Ende 2022. Bisher hatten viele größere Staaten vor allem Langfristziele zur Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts vorgelegt, ohne immer nachvollziehbar auszuweisen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Die notwendige Transparenz, so haben es die Delegierten in Glasgow³ verabredet, sollte daher nachgeliefert werden. Am 4. April 2022 folgte die Einlösung in dem dritten und letzten Sachstandsbericht für diesen Zyklus. Im Zentrum steht die Frage, wie der Klimawandel gebremst werden kann. Schon beim vorherigen Zwischenbericht wurde die Aufmerksamkeit durch den Krieg deutlich überschattet.

Bedrückende Erkenntnisse

Für den UN-Generalsekretär Antonio Guterres ist der jüngste Bericht eine »Akte der Schande«. Er dokumentiere eine »Litanei gebrochener Klimaverprechen«. Naiv sei die Welt mit Blick auf die Ergebnisse der Glasgower Klimakonferenz gewesen. Denn während

Tabelle 1: Die Schätzwerte der Entwicklung nach unterschiedlichen Szenarien

Szenario	Nahe Zukunft (2021–2040)		Mittelfristig, 2041–2060		Langfristig, 2081–2100	
	Bester Schätzwert (°C)	Sehr wahrscheinliche Bandbreite (°C)	Bester Schätzwert (°C)	Sehr wahrscheinliche Bandbreite (°C)	Bester Schätzwert (°C)	Sehr wahrscheinliche Bandbreite (°C)
SSP1-1.9	1,5	1,2 bis 1,7	1,6	1,2 bis 2,0	1,4	1,0 bis 1,8
SSP1-2.6	1,5	1,2 bis 1,8	1,7	1,3 bis 2,2	1,8	1,3 bis 2,4
SSP2-4.5	1,5	1,2 bis 1,8	2,0	1,6 bis 2,5	2,7	2,1 bis 3,5
SSP3-7.0	1,5	1,2 bis 1,8	2,1	1,7 bis 2,6	3,6	2,8 bis 4,6
SSP5-8.8	1,6	1,3 bis 1,9	2,4	1,9 bis 3,0	4,4	3,3 bis 5,7

Quelle: www.de-ipcc.de/media/content/AR6-WGI-SPM_deutsch_barrierefrei.pdf

die abgegebenen Versprechen gefeiert wurden, habe man die Seite der Emissionen komplett ignoriert. Die Regierungen, die weiterhin auf fossile Energien setzen, sollten endlich aufhören, den »Planet zu verbrennen«.

Laut dem 6. Bericht des Weltklimarates müsse der Höhepunkt der Klimagasemissionen noch vor dem Jahr 2025 erreicht werden, um die globale Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad zu beschränken. Dies sei notwendig, um einen katastrophalen Klimawandel abzuwenden. »Wir sind an einem Scheideweg. Die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, können eine lebenswerte Zukunft sichern«, erklärte der IPCC-Vorsitzende Hoesung Lee. »Wir haben die Werkzeuge und das Wissen, um die Erwärmung zu begrenzen.«

Trotz des Wirtschaftseinbruchs infolge der Covid-19-Pandemie sei keine nachhaltige Reduktion der Treibhausgasemissionen zu verzeichnen, so das IPCC. Im Durchschnitt lag der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen zwischen 2010 und 2019 so hoch wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Allerdings habe sich die Wachstumsrate verlangsamt. Der Höhepunkt der weltweiten Emissionen müsse aber noch vor dem Jahr 2025 erreicht werden und der Ausstoß bis 2030 um 43% sinken, fordern die Wissenschaftler*innen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine werfe die Klimaschutzbemühungen zurück. »Dieser Konflikt fühlt sich an wie aus der Zeit gefallen, wenn man sich überlegt, welche existenziellen Nöte die Menschheit eigentlich hat im Kontext der Auswirkungen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlustes.« Die Kosten zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels und für Anpassungsmaßnahmen seien unterschätzt worden.

Noch nähmen Ökosysteme mehr Treibhausgase auf als sie selbst verursachen, heißt es in den IPCC-Dokumenten. Das ändere sich aber, wenn Urwald abgeholzt oder Torfmoorgebiete trockengelegt werden oder der arktische Permafrost schmilzt. »Dieser und andere Trends können noch umgekehrt werden, wenn Ökosysteme instandgesetzt, wieder aufgebaut und gestärkt und nachhaltig bewirtschaftet werden«, schreiben die Wissenschaftler*innen. »Gesunde Ökosysteme und eine reiche Artenvielfalt sind die Grundlage für das Überleben der Menschheit.«

Aktuell steigen die Emissionen weiter und befinden sich auf einem Allzeithoch. Ohne tiefgreifende Veränderungen lassen sich die Reduktionsziele nicht erreichen. Wenn wir so weitermachen, steuern wir eher auf drei Grad Erderwärmung zu – mit katastrophalen Folgen für Umwelt und Menschen. Und auch eine geringfügige Überschreitung der Temperaturgrenzen sowie eine Erwärmung von 2,0 anstatt von 1,5 Grad wird bereits mehr Klimaschäden hervorrufen. Außerdem wird es in den folgenden Jahren immer schwieriger und kostspieliger, das Ruder noch herumzureißen, wenn wir jetzt nicht konsequent handeln.

Die Kosten des Klimawandels könnten einer aktuellen Prognose zufolge in den kommenden Jahrzehnten in die Billionen gehen. Im Jahr 2070 könnten sie weltweit bereits 5,4 Bio. US-Dollar (umgerechnet rund 4,6 Bio. Euro) betragen, wie Forscher*innen des University College London und der Nichtregierungsorganisation Carbon Disclosure Projekt (CDP) berechneten. Zum Ende des nächsten Jahrhunderts, im Jahr 2200, könnten sie sogar die Schwelle von mehr als 30 Bio. US-Dollar (mehr als

26 Bio. Euro) erreichen, weil etwa Naturkatastrophen zu immer verheerenderen Schäden führen dürften. Zugrunde liegt dieser Berechnung ein »Weiterwie-bisher«-Szenario mit einem ähnlichen Ausstoß von Treibhausgasen, das bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einer Erderwärmung von 4,4 Grad führen würde.

Würde die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts also zwei Grad betragen, lägen die Kosten im Jahr 2070 demnach bei 1,8 Bio. US-Dollar und würden sich danach weiterhin auf einem ähnlichen Niveau bewegen. Das »Weiterwie-bisher«-Szenario würde also bereits 2070 rund dreimal so hohe Kosten produzieren. 2200 lägen sie dann sogar rund 17-mal höher.

Anders als viele andere Studien fokussiert sich die Untersuchung aus London nicht auf die drohenden Umweltschäden, sondern lediglich auf die Kosten, die dadurch zu erwarten sind – etwa für den Wiederaufbau von Städten, die von Naturkatastrophen getroffen werden. Dies liefere ein wichtiges Argument für politische Entscheider*innen, schreiben die Forscher*innen, da diese auch die Wirtschaft ihrer Staaten im Blick behalten müssen.

Vor diesem Hintergrund muss das Klimaanpassungsprogramm der Ampel-Regierung als wenig ambitioniert eingeschätzt werden. Das Sofortprogramm soll »der Auftakt zu einer systematischen, umfassenden und vorsorgenden Anpassungspolitik« sein. Das Maßnahmenpaket sieht bis 2026 zusätzliche 60 Mio. Euro vor, um Städte und Gemeinden für Extremwetterereignisse zu wappnen. Außerdem sollen Beratungs- und Weiterbildungsangebote umfassend ausgeweitet werden. Umweltministerin Lemke plant außerdem mehr als 100 Stellen für sogenannte Klimaanpassungsmanager*innen bis Ende dieses Jahres. Diese Fachkräfte sollen Klimaanpassungspläne etwa für Hitzewellen, Starkregen oder weitere Phänomene erarbeiten und umsetzen.

Für die Anpassungsmanager*innen sind rund 14 Mio. Euro an Fördergeldern vorgesehen. Zudem wird an einem Klimaanpassungsgesetz gearbeitet, das für die Klimavorsorge messbare Ziele verankern soll. Das Sofortprogramm zur

Klimaanpassung soll – wie der Name schon andeutet – sofort in Kraft treten.

Vorschläge des IPCC

Zu den Hauptaussagen des IPCC (siehe Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung)⁴ gehört, dass sich die »Verwundbarkeit von Ökosystemen und Menschen gegenüber dem Klimawandel (erheblich) unterscheidet ... je nach und innerhalb von Regionen, bedingt durch sich überschneidende sozioökonomische Entwicklungsmuster, nicht nachhaltige Meeres- und Landnutzung, Ungleichheit, Ausgrenzung, historische und anhaltende Muster von Ungleichheit wie Kolonialismus sowie Governance. Ungefähr 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen leben unter gegenüber dem Klimawandel »sehr verwundbaren« Bedingungen – ein großer Anteil an Arten ist »verwundbar« gegenüber dem Klimawandel.«

Zu den zukünftigen Anpassungsoptionen und ihre Machbarkeit, heißt es, dass es eindeutig sei, »dass der Klimawandel bereits menschliche und natürliche Systeme gestört hat. Vergangene und derzeitige Entwicklungstrends (vergangene Emissionen, Entwicklung und Klimawandel) haben die globale klimaresistente Entwicklung nicht vorangebracht. Gesellschaftliche Entscheidungen und Maßnahmen, die im nächsten Jahrzehnt umgesetzt werden, bestimmen das Ausmaß, in dem mittel- und langfristige Pfade zu einer höheren oder niedrigeren klimaresilienten Entwicklung führen werden. Wichtig ist, dass die Aussichten auf eine klimaresiliente Entwicklung zunehmend begrenzt werden, falls die derzeitigen Treibhausgasemissionen nicht rasch zurückgehen, insbesondere falls die globale Erwärmung in naher Zukunft 1,5°C überschreitet. Diese Aussichten werden durch die vergangene Entwicklung, vergangene Emissionen sowie den bisherigen Klimawandel eingeschränkt; durch

² Ebenda.

³ Siehe dazu: Björn Radke, Klima: »Noch nie stand mehr auf dem Spiel als jetzt«, in: Sozialismus.deAktuell, 1. März 2022.

⁴ www.de-ipcc.de/media/content/Hauptausagen_AR6-WGII.pdf.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“



Zeitschrift für sozialistische
Politik und Wirtschaft

**Leser/in werden
Neue Abonnenten/innen
erhalten eine Buchprämie
als Geschenk**

www.spw.de

eine integrative Regierungsführung, geeignete und angemessene menschliche und technologische Ressourcen, Informationen, Kapazitäten und Finanzen werden sie gefördert.«

Die Prognosen des Berichtes wurden noch vor Beginn des Ukraine-Krieges erstellt. Steht also jetzt zu befürchten, dass mit Verweis auf andere Prioritäten die notwendigen Schritte zur Klimaneutralität zurückgefahren werden? Die Umweltorganisation BUND warnt angesichts fehlender Getreideimporte wegen des Ukraine-Kriegs vor einem Rückfall in eine intensive Landwirtschaft.

»Wer jetzt seine alten Argumente gegen die umweltfreundlichere Landwirtschaft aus der Mottenkiste holt, angestaubte Sprechzettel vorträgt und eine Roll-Back-Forderung nach der nächsten präsentiert, handelt moralisch fragwürdig und rein populistisch«, schreibt der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt. Es sei der falsche Weg, die sozial-ökologische Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft sowie die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik zu verschieben, zu verwässern oder ganz zu streichen. Umwelt- und Klimaschutz seien keine Lappalien. Wer mehr Getreide für den Weltmarkt bereitstellen will, komme an der Frage nicht vorbei, wie der Nutztierbestand reduziert werden kann. Rund 60% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und ein gleicher Anteil der Getreideernte in Deutschland seien derzeit für Rinder, Geflügel und Schweine vorgesehen.

Kritisch sieht die Entwicklung auch Reinhard Loske:⁵ »Die Ministerpräsidenten aus Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sehen neue Chancen für die ostdeutsche Braunkohle, der bayerische Ministerpräsident will die drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerke länger am Netz lassen, der neue CDU-Vorsitzende fordert die in Sachen Klimaschutz keineswegs überambitionierten Grünen auf, ihr ›Wolkenkuckucksheim‹ zu verlassen und endlich in der ›energiepolitischen Realität‹ anzukommen. Der FDP-Vorsitzende und Bundesfinanzminister plädiert (neben der Lobpreisung der ›Freiheitsenergien‹ Wind und Sonne) für neue Öl- und Gasbohrungen in der deutschen Nordsee, Kanzler und Vizekanzler lassen alles un-

voreingenommen prüfen. Ob so das Momentum für eine Energiewende entsteht, die diesen Namen verdient?«

Zurecht konstatiert Loske: »Last but not least: Obwohl die Prognosen des IPCC immer eindeutiger und dramatischer werden, die ›Fridays for Future‹-Bewegung um Greta Thunberg seit dem Sommer 2018 von fast allen umarmt wird, die Europäische Union im Dezember 2019 ihren ›Green Deal‹ verabschiedet hat und Wetterextreme zwischen Australien und dem Ahrtal immer verheerendere Folgen zeitigen, hat sich seit dem Frühjahr 2020 die Corona-Pandemie mit ihrer todbringenden Wucht vor die Klimakrise geschoben und die Klimapolitik wieder zu einem Krisenfeld unter vielen gemacht.«

Optimistischer argumentiert dagegen die Energieökonomin Claudia Kemfert: »Klimaschutz schafft Kostenwahrheit. Und Klimaschutz schafft soziale Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, zwischen Stark und Schwach und zwischen den Generationen von heute und morgen.« Aus diesem Grund dürfe der Klimaschutz »auf keinen Fall« hinten runterfallen, denn das sei schon zu häufig passiert: in der Finanzkrise, in der Corona-Krise, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Die Zeit, um noch zu handeln, sei knapp. »Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird die Erde für die zukünftigen Generationen unbewohnbar«, so Kemfert. »Wir dürfen den fossilen Lobbyisten nicht das Feld überlassen. Wir müssen raus aus dem Energiekrieg. Die Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien ist das beste Friedensprojekt, das wir weltweit haben.«

Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat das Narrativ von der Ablösung der Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von russischen fossilen Energien einen Schub in Richtung Energiewende gebracht. »Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende für die Energieversorgung in Deutschland«, heißt es in dem Entwurf des »Osterpakets« 2022, das vor allem auf die Förderung der Photovoltaik und den Ausbau der Windenergie abzielt. Energiesouveränität sei zu einer Frage der nationalen und europäischen Sicherheit geworden, so

Robert Habeck. Nachdem Habeck der Bundesrepublik in einer ersten Bilanz zum Jahresanfang ein schlechtes Zeugnis bei den Klimazielen ausgestellt hat, soll das »Osterpaket« vor allem eins bringen: die Verfahren für den Bau von Erneuerbaren Energien vereinfachen.

Die weltweiten Umweltkatastrophen, ob etwa in Australien oder Afrika, zeigen deutlich: Der Klimawandel stoppt nicht. Alle Staaten müssen jetzt drastisch ihre Emissionen reduzieren, allen voran die Industrieländer. Auch Kriege mit ihren verheerenden Zerstörungen können kein Argument sein, um vom international gesetzten Vorhaben, das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen, abzuweichen.

Yvonne Blos von der Friedrich-Ebert-Stiftung kommentiert die Ergebnisse des dritten Zwischenberichts so: »Regulatorische Politik und wirtschaftliche Anreize sind neben Investitionen wichtig, um die Emissionen weiter drastisch zu reduzieren, genauso wie technologische Innovationen. Zudem müssen dringend die notwendigen Gelder bereitgestellt werden, um die aktuelle Investitionslücke bei der Minderung des Klimawandels zu schließen, insbesondere für die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern. Die vor uns liegenden tiefgreifenden Veränderungen müssen zudem sozial gerecht gestaltet werden. Das gilt insbesondere mit Blick auf besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen und wirtschaftlich schwächere Staaten. Nur so können Vertrauen und Akzeptanz, auch in Kriegs- und Krisenzeiten, für die Bekämpfung der Klimakrise geschaffen werden.« Dem kann ich nur zustimmen.

⁵ Reinhard Loske, Putins Ukrainekrieg als Katalysator für die Energiewende?, in: klimareporter 28. März 2022; <https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/putins-ukraine-krieg-als-katalysator-fuer-die-energiewende>.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

